

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonntabend. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prenum.:

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 17.

Halle, Donnerstag, den 9. November.

1848.

Inhalt: Die Nationalversammlung in Berlin. — Berlin und Frankfurt. — Geständnisse eines Wiener Demokraten über die dortigen Bewegungen. — Ueber Maschinenarbeit. — Sitzung des Konstit. Clubs zu Halle. — Anzeige.

Die Nationalversammlung in Berlin.

(Fortsetzung.)

Wir hatten Eingang's unsern Lesern verheißen, den Eindruck wieder zu geben, welchen wir aus zwei Sitzungen mitgenommen: soweit sich unser Versprechen auf die Parteien und ihre Wirksamkeit bezog, glauben wir ihm nachgekommen zu sein. Aber wir verzichten nunmehr darauf, ein Bild von dem Gewoge und Gerreibe in dem Saale selbst zu zeichnen, von dem Lachen und Zischen hier, dem Bravo- und Ruherufen dort, von den bittenden Mahnungen des trefflichen Grabow und der Zügellosigkeit der widersprechlichen AM zu erzählen. Ist doch Alles, was wir zu sagen hatten über Gläner's und Gladbach's rohen Spott, den sie über die Beschlüsse der Versammlung ausgegossen, über Jung's Blumpheit, mit der er den Ministern Vorwürfe machte, wie wohl ein Duartaner die Zuchtruthe schmähete, der er eben entwachsen ist, und die ihm doch noch so noth thut, über Temme's prahlerische Entschiedenheit in der Confusion, v. Berg's burleske Schauspielerei, Schlink's naive und unverdorrene Ungeschicklichkeit, über Wilde's Ödnerrspielen und Bornemithun, das trotz des eleganten Fracks und der berühmten grünen Sammtweste etwas tölpelhaft aussteht, über v. Daniels' Breite und abgeschmackte Vorliebe für das Landrecht; — ist doch Alles dies zurückgetreten und von keiner Bedeutung gegen die Scenen, auf welche die wilden Thiere, die Dierschke so gern zu Zeugen aufruft, in neuester Zeit von den Wänden des Concertsaales herabgeschauet haben. Man muß in keiner Küche die Speisen bereiten sehen, ist eine alte Vorschrift, wenn sie bei Tische wohl schmecken sollen: wer aber in der Nähe zusieht, wie die neue Verfassung geschaffen wird, dem muß es angst und bange werden vor der Zeit, in der sie genossen und gebraucht werden soll. Was kann so geistlos und platt zugleich sein als die Reden über den Adel und die Orden? Niemand hat erwartet, die Verhandlungen über diesen Gegenstand würden den Frankfurtern gleich oder ähnlich sein: aber Keiner ist auch auf so schmutzige Auseinandersetzungen gefaßt gewesen, als sie Herr Temme vorzubringen sich

nicht entblödete, und wie wenig es sich sonst geschickt hätte, diesmal hatte Niedel für Nieder-Barnim Recht, den Ton eines Bußpredigers anzustimmen. Und dann die Sitzung, in welcher Grabow abtrat! Als der arme, gemarterte Präsident endlich den Dronungsruf ausspricht, den er so lange vermieden hat, dankt ihm die Versammlung für seine Bemühung, Ruhe zu schaffen, dadurch, daß sie ihm ein Mißtrauensvotum giebt, das sie freilich gleich nachher wieder zurück nimmt und jetzt in ein directes Vertrauensvotum umwandelt. Die Rednerbühne scheint mehr für den Ort gehalten zu werden, von dem mit Sicherheit persönliche Bemerkungen und Verdächtigungen gesagt werden können, als für die Stelle, von welcher das Land in ernstern und gemäßigten Worten gediegene politische Ansichten und Grundsätze vernehmen will. Waldeck hat es wiederholt ausgesprochen, daß nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland seine Blicke erwartungsvoll auf die Berliner Volkvertreter gerichtet habe: leider ist das wahr, es wäre besser, wenn das große Publicum von manchen Vorfällen im Saale weniger wüßte. Man glaube nicht, daß wir mit dem Gesagten dem entgegenzutreten wollen, was in vorigem Blatte eine wohlmeinende Stimme aus Wettin hervorhebt: wir sind auch keineswegs mit der neuen Preussischen Zeitung eines Sinnes, die mit stärllichem Wohlbehagen nachzuweisen versucht, daß die ganze Versammlung impotent sei, und dabei im Hinterhalte hat, nur eine ständische Vertretung könne dem Vaterlande aufhelfen. Aber wir beklagen es aufrichtig, daß statt der vielen bedeutenden Männer, auf die der Kern unseres Volkes von Anfang vertrauet hat, und von denen er noch immer hofft, talentlose und unwissende Schreier sich zum Worte drängen, denen es auf alles Andere eher, als auf den Anstand und die Wahrhaftigkeit ankommt.

Der letzte October hat der Nationalversammlung eine große Gefahr gebracht. v. Pfuel hat seine Entlassung genommen, er mußte sie nach seiner Abstimmung über den Rodbertus'schen Antrag nehmen. Durfte die Berliner Versammlung in der Wiener Angelegenheit überhaupt etwas thun, so konnte sie höchstens auf den Duncker'schen Antrag eingehen: ein Mitglied der Regierung aber, die eben durch den austrärtigen Minister ihre Uebereinstimmung mit den

Frankfurter Beschlüssen hatte aussprechen lassen, konnte am allerwenigsten der Centralgewalt ein Mißtrauensvotum geben, wie das ja in dem Amendement Rodbertus nach der ausdrücklichen Erklärung seiner Urheber lag. Durch diesen Vorfall hätte leicht die Existenz der Monarchie gefährdet werden können. Sei es, daß die Krone wegen der Pöbelwirtschaft eine energische Persönlichkeit an der Spitze des Ministeriums wünschen mußte, sei es daß es an geschickten Leuten für diese Stellung mangelte, sei es endlich, daß der Graf Brandenburg besser und constitutioneller ist als sein Ruf: es war dennoch nicht weise, daß gerade er mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt wurde. Wer bürgte dafür, daß die Versammlung auf den Waldeck'schen Vorschlag, einen Wohlfahrtsausschuß einzusetzen, nicht einging? Welches Unheil konnte nicht auch da noch geschehen, als schon die Deputation in Potsdam war und als nach der abweisenden Antwort in Sanssouci Waldeck darauf drang, nach Berlin zurückzukehren? Wir nennen es überhaupt einen Mißgriff, in so schwierigen Verhältnissen und Lagen, wie sie die Krone einer konstituierenden Versammlung gegenüber immer haben wird, bei der Wahl eines neuen Ministeriums nicht zuerst darauf zu sehen, daß es eine Majorität für sich habe. In allen andern Fällen wird es möglich sein, auch in constitutionellen Staaten eine Zeit lang ohne oder gegen eine Majorität zu regieren: hier war es unmöglich. Wir müssen es anerkennen, und wir sagen es um so lieber, je mehr wir oben tadeln mußten, die Versammlung hat sich in dieser schlimmen Situation tactvoll und weise genommen, und v. Berg, dem wir dieß verdanken, hat Alles wieder gut gemacht, was er in letzter Zeit, zumal gegen Grabow, verschuldet. Auch mit Jacoby haben wir Ursache sehr zufrieden zu sein, denn seine naseweise Zudringlichkeit bewirkte es, daß die Deputation nicht in der Nacht zurückfuhr, und daß die Sitzung am andern Morgen wieder vertagt wurde. — Indem wir dies schreiben, wissen wir noch nicht, zu welchem Resultat die Ueberlegungen und Unterhandlungen in Berlin führen werden: wir wünschen, daß ein Ministerium aus den fähigsten Mitgliedern der Partei Hotel Russe und Mielenz gebildet werde. Geschieht dies nicht, tritt Graf Brandenburg in ein Ministerium, oder bildet er auch nur eines außerhalb der Kammer, gleichviel ob er darin ist oder nicht: so wird und muß eine neue Mißtrauenserklärung seitens der Versammlung folgen. Dann ist zweierlei möglich: entweder die gesammte Rechte theilhaftig sich bei dieser Erklärung, oder nicht. Im letztern Falle ist noch an eine befriedigende Auskunft zu denken, im erstern muß die Versammlung aufgelöst werden, und das wäre, wie erwünscht es auch manchem Kurzsichtigen sein möchte, das Bedenklichste, was geschehen kann. — Aber noch hoffen wir das Beste.

(Wieb fortgesetzt.)

Berlin und Frankfurt.

Die vorige Nr. des Bürgerbl. enthält einen scharfen Artikel aus Wettin, dem die Redaction die Aufnahme nicht verweigern durfte, wenn sie nicht den Vorwurf der Bevormundung auf sich laden wollte, obschon jener

Artikel die Sachlage einseitig aufgefaßt zu haben scheint. Wenn die demokrat. Zeitung und der Courier sich für oder gegen die Parteien der beiden Nationalversammlungen aussprechen, so sind sie ganz in ihrem Rechte, da jene Versammlungen öffentliche Angelegenheiten, also der öffentlichen Kritik unterworfen sind. Die Kritik dieser Versammlungen soll allerdings die Würde derselben und die Wahrheit nicht verletzen; Beides hat der Courier auch bis jetzt vermieden, wenn auch zu wünschen wäre, daß er so ernste Dinge, wie die Verhandlungen und Beschlüsse einer verfassunggebenden Versammlung, nicht bloß von der spaßhaften Seite betrachten möchte. Leugnen läßt sich aber nicht, daß die äußerste Linke in Berlin auf ein Zerrwürfniß mit der Frankfurter Versammlung hinarbeitet, und dies ist es, was jeden deutschen Patrioten gegen diese Linke erbittern muß. Obschon in Frankfurt der deutsche Theil Polens Deutschland einverleibt wurde; obschon dem Adel, dessen Vorrechte man mit vollem Recht aufhob, wenigstens sein Familienname gelassen wurde; obschon endlich die österreichischen Wirren in Frankfurt ernstlich erwogen und bereits Reichsdeputirte von der Centralgewalt nach Wien gesandt waren, deren Wirksamkeit freilich die Privatdeputation der Frankfurter Linken zu hindern wußte: so hat die Berliner Linke dennoch die Einverleibung der Deutschen in das polnische Polen und somit ihre Trennung von Deutschland beschlossen, so hat sie dem Adel sogar die Führung seines Namens verboten, und hat parteiliche Einmischung in die Wiener Wirren verlangt. Dieselbe Linke, die uns in einen europäischen Krieg stürzen wollte, um einige Tausend dänische Nord-Schleswiger, die nicht deutsch sein wollen, an Deutschland zu bringen, hat eine halbe Million Deutsche den Polen anheim gegeben, obschon jene entschieden ihren Wunsch ausgesprochen haben, bei Deutschland zu bleiben. Wie nun, wenn der König sich auf die höhere Macht des Frankfurter Parlaments beruft und jenen Beschlüssen seine Zustimmung versagt? Sehet da, die Reaction! wird man an allen Ecken ausrufen. Aber wer ist denn hier reactionär? Wahrhaftig nur die Linke, da sie der Einheit Deutschlands entgegenarbeitet und offenbar ungerecht gegen die Interessen des Volkes handelt. Indem sie den Adel so tief und dabei ohne Noth und Ursache verletzt, so fordert sie ihn zum Widerstand heraus. Er hat Mittel genug, sich eine Partei zu schaffen, der billig denkende Theil des Volks muß sich für ihn erklären; denn ihm, dem Wehrlosen, noch seinen Namen zu entreißen, ihm dessen Führung auf Urkunden zu verbieten, ihn also bei Erbschaften, gerichtlichen Verträgen, Familienverbindungen u. s. w. ohne allen Grund zu benachtheiligen, ihm auch hier noch Verluste zu bringen, nachdem er bereits durch die verlorenen Vorrechte, Zehnten, Aushören der Steuerfreiheit und Patrimonialgerichte u. s. w. genug Verluste erlitten hat; dies ist mehr als unbillig, es ist grausam. Ich mag kein Vertheidiger der Adelsvorrechte sein, aber man thue, was recht ist. So heilig und theuer jedem Bürger sein Familienname ist, so theuer und heilig ist er es auch dem Adel. Ist dieser aufge-

nommen in die Rechte der Staatsbürger, so soll man ihn auch gegen diese nicht benachtheiligen. Da aber dem Bürger die Führung seines Namens nicht unterlagt werden darf, so muß auch der adlige Name unantastbar sein, so lange mit ihm nicht das mindeste Vorrecht verbunden ist. Eine Nationalversammlung, die so schonungslos und ohne Anlaß in das Familienrecht hineingreift, kann keine Liebe zu ihrem Verfassungswerke, kann keinen Frieden und keine Freude bringen. Nicht ohne Besorgniß muß man daher fragen: Welche von den beiden Versammlungen soll nachgeben? Wie soll sich der Widerspruch zwischen der Berliner und Frankfurter Verfassung lösen? Die Linke hat ihren Zweck erreicht, sie hat eine Feindschaft zwischen den Versammlungen erregt und dem preussischen Ministerium eine neue Schwierigkeit von unabsehbaren Folgen in den Weg gelegt. Möge daher jeder gutgesinnte Deutsche besonnen bleiben, möge er nicht sich hinreißen lassen von dem aufwüthenden Geschrei der Zwietrachtstifter, sondern wohl erkennen, auf wessen Seite das Recht, die Vernunft und die Billigkeit stehen.

Kr.

Geständnisse eines Wiener Demokraten über die dortigen Bewegungen.

Frankfurt, 1 Nov. Der außerordentliche Fünfköhnerausschuß der Nationalversammlung für die österreichischen Verhältnisse hat Gelegenheit gehabt, seinen Unterricht über den Charakter der Wiener Bewegung aus unmittelbarer und besser Quelle zu schöpfen. Es ist bekanntlich eine Abgeordnetenschaft des Wiener Gemeinderaths hierher an den Erzherzog Reichsverweser gelangt, und diese Abgeordnetenschaft ward zu einer Sitzung des genannten Ausschusses mit dem Ersuchen geladen, dort auf einige Fragen Auskunft zu ertheilen. Herr Bondi aus Wien, Mitglied und wenn wir nicht irren, sogar Vorstand des Gemeinderaths war es, welcher der ergangenen Aufforderung gemäß die vorgelegten Fragen beantwortete. Die erste derselben richtete sich dahin, ob die Bewegung in Wien als eine demokratische zu betrachten sei? Vor Allem, erwiederte Herr Bondi, ein kaum dreißigjähriger Mann von dem offensten Wesen und auch in der straffen Gestalt und im bärtigen Aeußern ganz ein Kind unserer neuen Zeit, vor Allem müsse er erklären, daß er selbst Demokrat, als solcher in seiner Vaterstadt bekannt und darum an die Spitze des Gemeindegewesens gestellt worden sei. Aber die Demokratie habe mit dem Wiener Aufstande nicht das Mindeste zu schaffen gehabt, sondern alles das ungarische Geld. Die zweite Frage galt dem gegenwärtigen Zustande Wiens und ob dort Anarchie herrsche, wie die Gegner, oder gesetzmäßige Ordnung, wie die Freunde der Stadt versicherten? Herr Bondi lehnte eine bestimmte Antwort darauf ab, allein er gab anstatt einer solchen einige Thatfachen zu vernehmen. Den Arbeitern würde in den Bäckerläden Brod verabreicht. Sie verschmähten es aber häufig und forderten Geld dafür. Selbst in dem Bäckerladen, der gerade

im Angesichte des Gemeinderathssitzes liege, hätten sie das Brod zurückgewiesen und auf Geld bestanden. Von Beschwerden der Bevölkerung über Bedrückungen durch die sie beschützende Macht gingen in Einem Tage fünfzig beim Gemeinderathe ein. Die Studenten seien bei den Bürgern einquartirt, wo für ihre Bedürfnisse, wie für die von Familiengliedern gesorgt werde. Sie würden nach Befinden auch mit Geld unterstützt. Aber das halte sie nicht von außerordentlichen Forderungen ab, und die Beispiele, die Herr Bondi erzählt, gleichen Erpressungen auf ein Haar. Auch betragen sie sich in den Familien so, wie es nach dem verblühten Ausdrucke des Berichterstatters, der Erhaltung „eines patriarhalischen Verhältnisses“ durchaus nicht entspricht. Von groben Gewaltthatigkeiten höre man nicht, wohl aber von Vorfällen der Art, daß z. B. einem Stallknechte ein schönes Reitpferd abgenommen wird und er dafür mit einem Zettel nach Hause kehrt, auf welchem der Legionär So oder So dem Herrn N. N. ein eingeliefertes Pferd quittirt. Herr Bondi ward auch befragt, ob denn von den Wiener Bürgern das Einrücken von Truppen gewünscht werde? Allerdings, entgegnete er, aber von deutschen Truppen, d. h. von deutsch-österreichischen Regimentern. Und eine starke Garnison werde Wien in Zukunft nöthig haben!

Endlich nahm, anstatt des bisherigen Fragstellers im Ausschusse, dessen Schriftführer Herr Benedey das Wort. Von ihm, von Pattai, von Reitter, von Ignaz Kaiser und Kirchgessner rührte das Minderheitsrathchen her, welches die Wiener Bewegung unbedingt als eine deutsch-nationale betrachtet und unter den Schutz der Reichsgewalt gestellt sehen wollte. Man kann sich demnach denken, wie empfindlich diese Minorität des Ausschusses von den Eröffnungen des Wiener Gemeinderathsmitglieds betroffen worden war, besonders als Herr Bondi noch erklärte, er sei an den „Erzherzog Johann“, den Freund der Wiener Stadt, an den sie sich in ihrer Noth wende, nicht aber an den Reichsverweser geschickt und daß etwaige Erscheinen nicht österreichischer Truppen — seien's Baiern, Sachsen oder Preußen — würde ein bedenkliches Aufsehen in seinem Heimathlande erregen. Herr Benedey also fragte darnach, was die Meinung des Herrn Bondi sei, welche Maßregeln die Reichskommissäre zur Herstellung des Friedens in Oesterreich zu ergreifen hätten? Das Mitglied des Wiener Gemeinderaths erwiederte nicht ohne diplomatische Feinheit: er müsse sich begnügen, einfache Thatfachen zu berichten. Die daraus hervorgehenden Konsequenzen abzuleiten, das habe er einem Jeden nach seinem Standpunkte zu überlassen.

(U. d. Deutsch. (Heidelb.) 3. Nr. 292.)

Ueber Maschinenarbeit.

Nachstehender Aufsatz ist dem Briefe eines Pariser Arbeiters entnommen, welchen dieser in der Pariser Zeitung „Der Konstitutionnel“ an seine Kameraden gerichtet hat.
Die Redaction.

Hinterlistige Einflüsterungen haben den Zorn gegen die Maschinen aufregen wollen. Unglücklicherweise haben sie auch auf einige sonst achtungswerthe Arbeiter Einfluß gehabt, denen es aber an der nöthigen Ueberlegung fehlte, und die, weil sie unter der Stoßung der Geschäfte litten, den Maschinen wegen ihrer Concurrenz mit der Handarbeit die Schuld davon beimessen wollten. Vielleicht hat diese Meinung sogar in dem Geiste der Mehrzahl von Euch Wurzel gefaßt. Ist es so, so verdient Ihr um so mehr Ehre und Lob, daß Ihr überall, wo Ihr zur rechten Zeit benachrichtigt wurdet, die Angriffe auf eine Industrie zu verhindern wußtet, die Ihr für verderblich für die Cure haltet.

Setzt, da wir mit etwas mehr Ruhe über einen so wichtigen Gegenstand sprechen können, wollen wir die Frage aufstellen: ist es wirklich wahr, daß die Maschinen so großen Nachtheil bringen, als man ihnen gerne zuschreiben möchte? Vielleicht ja, vielleicht nein. Wir wollen die Sache genau untersuchen; denn wenn die Thatsache bewiesen wäre, so könnte gewiß etwas geschehen, um wenigstens den Nachtheil so viel als möglich auszugleichen.

Zuerst müssen wir, meine Freunde, uns daran erinnern, daß die Anwendung der Maschinen eben so alt, als die menschliche Gesellschaft ist. Die Windmühlen, die Wassermühlen, welche Getreide mahlen, Bretter schneiden und Kanonen bohren; die Schiffswinde, welche durch Anwendung der Hebelkraft mit geringer Anstrengung und wenigen Händen Gewichtsmassen von einem Orte zum andern bringt, welche eine viel größere Anzahl von Händen nur mit Mühe in Bewegung setzen würde; selbst die Wagen, welche mittelst der Räder, einer andern Anwendung der Hebelkraft, Gewichte transportiren, deren Transport ohne diese Fahrzeuge ebenfalls das Zusammenwirken einer großen Anzahl von Menschen erfordern würde, sind eben sowohl Maschinen, als diejenigen, welche man heutigen Tages ausgedacht hat, und welche durch Dampf oder auch bloß durch eine Kurbel (zum Drehen mit der Hand) in Bewegung gesetzt werden. Ja selbst das Pferd ist nichts Anderes, als eine belebte Maschine, welche die Arbeit des Menschen zum Zuge oder zum Transporte ersetzt.

(Beschluß folgt.)

Konstitutioneller Club zu Halle

Sitzung vom 4. November.

Der Antrag des Hrn. Ordners, die beschlossene Adresse nach Kassel zu unterlassen, weil der Demokratencongrès in Berlin die Haltlosigkeit der demokratischen Partei gezeigt habe, wurde angenommen. Nachdem vom Herrn Ordner der Ministerwechsel und die Vorfälle in Potsdam mit der Bemerkung berührt waren, daß der König ein volkstümliches Ministerium annehmen werde, lehnte man eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung deswegen ab, weil ihr Inhalt, als eine Selbstempfehlung Preussens, keine günstige Wirkung herbringen werde.

An die Mittheilung desselben Redners über

die Verhandlungen der Nationalversammlung zu Berlin über die Abschaffung der Adelsvorrechte und der Adelstitel sowie der Orden, wobei sich wiederum gezeigt habe, daß die Berliner Nationalversammlung an Einsicht und Mäßigung der Frankfurter nachstehe: an diese Mittheilung knüpfte Hr. Urici einen Antrag. Da nämlich die Linke zu Berlin, wie der Redner in längerer Auseinandersetzung nachwies, auf eine Entzweiung Deutschlands hinarbeite, so solle der Club eine Adresse an sie richten, in welcher er seine entschiedene Mißbilligung ihres Verfahrens ausspreche. Herr von Bassowitz, Hr. Burmeister und der Herr Ordner waren dagegen, die Adresse an die Linke zu schicken, da sie an die Nationalversammlung gerichtet werden müsse, Herr Fritsch war gegen die Adresse überhaupt, weil über Waldes Antrag, auf welchen die Adresse sich beziehen soll, noch nicht abgestimmt sei. Indes wird die Adresse angenommen und der Antragsteller mit ihrem Entwurf beauftragt.

Mit Bezug auf die Beschimpfung der Nationalversammlung durch den Berliner Pöbel und auf den schwachen Schutz, welchen die Berliner Bürgerwehr den Vertretern des Landes gewährt, stellte Hr. Fuhse den Antrag, eine Mißbilligungsadresse an die Berliner Bürgerwehr zu senden. Da aber Hr. Burmeister eine solche Adresse in der gegenwärtigen Krisis bedenklich fand, so milderte Hr. Fuhse seinen Antrag, der von Hrn. Gärtner und Hrn. Dr. Eckstein durch mitgetheilte Thatsachen unterstützt wurde, indem er nur die Bitte an die Berliner Bürgerwehr auszusprechen vorschlug, sie möge fortan kräftiger und schneller handeln, um die Sicherheit und die Würde der Vertreter des Volks aufrecht zu erhalten, oder möge, falls sie sich hierzu unvermögend fühle, dem Militär diesen Dienst überlassen. Hr. Dr. Eckstein, Jacob und Fritsch schlugen vor, diese Adresse an die Nationalversammlung zu richten, und letzterer trug auf ihre Veröffentlichung durch Zeitungen an. Diesem stimmte Hr. Fuhse mit dem Bemerkten bei, daß man das ganze preussische Volk zum Beitritt zu der Adresse auffordern möge. Zur Entwerfung dieser Adresse wurden erwählt: Hr. Fuhse, Burmeister u. Fritsch.

Da der Abend bereits weit vorgerückt war, so wurde nur Einiges über die 7 ersten Paragraphen der Gemeindeordnung mitgetheilt. Zu §. 2 schlug die Kommission den Zusatz vor: „Wer das Einwohnerrecht hat, wird durch ein besondres Gesetz bestimmt.“ Nach einer kurzen Debatte nahm man diesen Zusatz an. Nachdem namentlich §. 5 u. 7 gerechtfertigt waren, schlug Hr. Fritsch vor, den höchst wichtigen §. 8 in der nächsten Sitzung sorgfältig zu berathen. Gegen 10 Uhr schloß die Sitzung. Körner.

Konstitutioneller Club zu Halleben.

Sonntag den 12. Novbr. Nachmittags 3 Uhr
Sitzung zu Halleben.

Tagesordnung:

- 1) Bericht über die Verhandlungen der preuß. Nationalversammlung.
- 2) Gemeindeordnung.

NB. Der Club zu Halle wird freundlichst zur Theilnahme eingeladen.

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentlich drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonntags. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 17.

Halle, Donnerstag, den 9. November.

1848.

Inhalt: Die Nationalversammlung in Berlin. — Berlin und Frankfurt. — Geständnisse eines Wiener Demokraten über die dortigen Bewegungen. — Ueber Maschinenarbeit. — Sitzung des Konstit. Clubs zu Halle. — Anzeige.

Die Nationalversammlung in Berlin.

(Fortsetzung.)

Wir hatten Eingang unsern Lesern versprochen, den Eindruck wieder zu geben, welchen wir aus zwei Sitzungen mitgenommen: soweit sich unser Versprechen auf die Parteien und ihre Wirksamkeit bezog, glauben wir ihm nachgekommen zu sein. Aber wir verzichten nunmehr darauf, ein Bild von dem Gewoge und Gerreibe in dem Saale selbst zu zeichnen, von dem Lachen und Zischen hier, dem Bravo- und Außerufen dort, von den bittenden Mahnungen des trefflichen Grabow und der Zügellosigkeit der widersehligen 400 zu erzählen. Ist doch Alles, was wir zu sagen hatten über Elsner's und Gladbach's rohen Spott, den sie über die Beschlüsse der Versammlung ausgoßen, über Jung's Blumpheit, mit der er den Ministern Vorwürfe machte, wie wohl ein Quartaner die Zuchtrute schmähete, der er eben entwachsen ist, und die ihm doch noch so noth thut, über Temme's prahlerische Entschiedenheit in der Confusion, v. Berg's burleske Schauspielerei, Schlink's naive und unverdorrene Ungelehrtheit, über Wilde's Gönnerspielen und Vornehmthun, das trotz des eleganten Fracks und der berühmten grünen Sammtweste etwas tölpelhaft ausfiebt, über v. Daniels' Breite und abgeschmackte Vorliebe für das Landrecht; — ist doch Alles dies zurückgetreten und von keiner Bedeutung gegen die Scenen, auf welche die wilden Thiere, die Dierschke so gern zu Zeugen aufruft, in neuester Zeit von den Wänden des Concertsaales herabgeschauet haben. Man muß in keiner Küche die Speisen bereiten sehen, ist eine alte Vorschrift, wenn sie bei Tische wohl schmecken sollen: wer aber in der Nähe zusieht, wie die neue Verfassung geschaffen wird, dem muß es angst und bange werden vor der Zeit, in der sie genossen und gebraucht werden soll. Was kann so geistlos und platt zugleich sein als die Reden über den Adel und die Orden? Niemand hat erwartet, die Verhandlungen über diesen Gegenstand würden den Frankfurtern gleich oder ähnlich sein: aber Keiner ist auch auf so schmutzige Auseinandersetzungen gefaßt gewesen, als sie Herr Temme vorzubringen sich

nicht entblödete, und wie wenig es sich sonst geschick hätte, diesmal hatte Niedel für Nieder-Barnim Recht, den Ton eines Bußpredigers anzustimmen. Und dann die Sitzung, in welcher Grabow abtrat! Als der arme, gemarterte Präsident endlich den Ordnungsruf ausspricht, den er so lange vermieden hat, dankt ihm die Versammlung für seine Bemühung, Ruhe zu schaffen, dadurch, daß sie ihm ein Mißtrauensvotum giebt, das sie freilich gleich nachher wieder zurück nimmt und setzt in ein directes Vertrauensvotum umwandelt. Die Rednerbühne scheint mehr für den Ort gehalten zu werden, von dem mit Sicherheit persönliche Bemerkungen und Verdächtigungen gesagt werden können, als für die Stelle, von welcher das Land in ernsten und gemäßigten Worten gediegene politische Ansichten und Grundsätze vernehmen will. Waldeck hat es wiederholt ausgesprochen, daß nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland seine Blicke erwartungsvoll auf die Berliner Verhandlungen gerichtet werden können, als leider ist das wahr, es wehlicum von manchen Vorfahren wollen, was im Man glaube nicht, daß die gntreten wollen, was im nende Stimme aus Wettin neswegs mit der neuen Pr die mit stürblichem Wohlbeh die ganze Versammlung im terhalte hat, nur eine ständ terlande aufhelfen. Aber statt der vielen bedeutenden seres Volkes von Anfang v noch immer hofft, talentlo zum Worte drängen, denen auf den Anstand und die V Der letzte October hat große Gefahr gebracht. v. W men, er mußte sie nach seit bertus'schen Antrag nehme sammlung in der Wiener Ge thun, so konnte sie höchstens eingehen: ein Mitglied der den auswärtigen Minister

